

*Arbeiter*innen und Unterdrückte aller Länder, vereinigt euch!*



Marxistisch-Leninistische Kommunistische Partei / Türkei & Kurdistan

INTERNATIONALES BULLETIN

Mai 2026 **Nr. 273**

www.mlkp-info.org | mail@mlkp-info.org



Der faschistische Justizcoup gegen die CHP

In zahlreichen Ländern erleben wir die Erosion der bürgerlichen Staatordnungen, die Illusionen durch „Wahlen und Parlament“, den politischen Verfall sowie den Verlust der Funktionsfähigkeit der Parlamente. Ebenso wird die Lüge von der „Gewaltenteilung“ und der „unabhängigen Justiz“ immer sichtbarer. In der Türkei stellt der jüngste staatliche Angriff auf die bürgerliche Opposition der CHP keine einfache „Gerichtsentscheidung“ dar, sondern einen organisierten und strategischen Liqui-

idierungsangriff des bürgerlichen Staates unter dem faschistischen Chef Erdoğan, der sein Regime dauerhaft festigen will.

Ein Gericht in Ankara hat entschieden den 38. ordentlichen Parteitag der CHP, der 2023 stattfand, zu annullieren. Unter dem Vorwurf der „Beeinflussung von Delegierten“ erklärte die Justiz den gesamten Parteitag für „absolut nichtig“ und setzte damit die damals gewählte Parteiführung um den heutigen CHP-Vorsitzenden Özgür Özel ab. Anschließend griff die Polizei die vor und im Gebäude Wartenden mit Pfefferspray und Plastikgeschossen an und drang in das Gebäude ein. Während Özgür Özel und die Parteimitglieder das Gebäude verlassen mussten, wurde die CHP-Zentrale geräumt, damit der abgewählte frühere Vorsitzende Kemal Kılıçdaroğlu mitsamt dem ehemaligen Vorstand ihre Positionen einnehmen konnte.

Dieser Angriff kann nicht als bloße Gerichtsentscheidung betrachtet werden. Die Entscheidung, die „faschistische Chefordnung“ mittels der Justiz durchzusetzen, zielte darauf ab, die legitime Führung der CHP zu übernehmen. Es handelt sich um nichts anderes als einen Justizputsch, einen strategischer Säuberungsangriff der faschistis-

chen AKP-MHP-Allianz, die sich auf einen neuen Wahl- und Verfassungsprozess vorbereitet. Schon seit einiger Zeit vertiefen sich die faschistischen Aggressionen, was sich zuvor in den massenhaften Inhaftierungen von fortschrittlichen, revolutionären und sozialistischen Parteien und Organisationen geäußert hat. Es war abzusehen, dass sich dies früher oder später auch auf die bürgerliche Opposition ausweiten würde.

Kılıçdaroğlu, der einst mit den Worten „Recht, Gesetz, Gerechtigkeit!“ von Ankara nach Istanbul marschierte, fand nun Gerechtigkeit im faschistischen Unrecht der AKP-MHP-Regierung. Diese geplanten und schmutzigen Angriffe der AKP-MHP-Regierung in Zusammenarbeit mit der Staatsbürokratie haben Tradition. Ungültige Stimmzettel werden anerkannt, Kommunalwahlen annulliert und wiederholt, Diplome konkurrierender Bürgermeister aberkannt, ihrer Ämter enthoben und verhaftet. Dutzende CHP-Bürgermeister und Mitarbeiter werden Razzien unterzogen, massiv unter Druck gesetzt, erpresst oder bestochen, um zur AKP überzulaufen. Das „Nichtigkeitsurteil“ fällt dabei nicht zufällig während langer Feiertage und zeitgleich mit diploma-



tischen Gesprächen Erdogans mit internationalen Partnern.

Mit der Entscheidung der „absoluten Nichtigkeit“ wurde nicht nur das Theater bürgerlicher demokratischer Wahlen entlarvt, sondern die extreme Willkür des faschistischen Chefregimes besiegelt. Nach der Niederlage bei den Kommunalwahlen vom 31. März 2024 nutzte die AKP-MHP den mit den strategischen Zielen einer „terrorfreien Türkei“ und einer „terrorfreien Region“ begonnenen Verhandlungsprozess mit PKK-Gründer Abdullah Öcalan als Gelegenheit, Angriffe auf die CHP und ihre Kommunalverwaltungen zu beginnen. Der Staat schürte demokratische Erwartungen mit diesem Prozess, verzögerte ihn gleichzeitig

aber, um die Widerstandskräfte zu lähmen. Der Prozess wird als Drohung genutzt, insbesondere gegen die Annäherung zwischen der DEM-Partei und der CHP.

Das Erdoğan-Regime verfolgt seit über zehn Jahren eine Politik, die gegen alle gesellschaftlichen Dynamiken der Unterdrückten gerichtet ist, mit dem Ziel, die Interessen der bürgerlichen Klasse zu sichern und die Herrschaft des faschistischen Führungsapparates zu stabilisieren. Nach seiner ersten Wahlniederlage 2015, nach der Gezi-Aufstandsbewegung und dem Kobanê-Widerstand, versuchte das Regime, die Volksbewegung zu unterdrücken. Bombenanschläge auf Kundgebungen in Amed, bei der Kundgebung der

sozialistischen Jugend in Suruç, in Antep, Istanbul, bei der Friedenskundgebung in Ankara zeigen, welches Regime die herrschenden Kräfte anstrebten.

Kemal Kılıçdaroğlu trat 2023 Präsidentschaftskandidat gegen Erdoğan an. Während seiner dreizehnjährigen Amtszeit verlor er jedoch sämtliche Wahlen und entwickelte sich damit faktisch zum bevorzugten Gegner Erdoğan's. Er war außerdem auch eine Schlüsselfigur bei früheren faschistischen Maßnahmen des Regimes. Unter seiner Mitwirkung wurde die parlamentarische Immunität aufgehoben, woraufhin die Co-Vorsitzenden und zahlreiche Abgeordnete der HDP verhaftet wurden. Vor allem kurdische Politikerinnen und Politiker, aber auch oppositionelle Journalistinnen und Journalisten, Revolutionäre, Sozialisten und andere Regimegegner gerieten daraufhin verstärkt ins Visier des Staates.

Auch heute signalisiert Kılıçdaroğlu Bereitschaft zur Kollaboration mit dem faschistischen Regime. Die von ihm eingesetzte CHP-Delegation absolvierte während des Opferfestes den ersten offiziellen Besuch bei der Regierungspartei, nachdem drei Jahre lang keine gegenseitigen Besuche stattfanden.

Vertreter beider Seiten betonten „Einheit“, „Brüderlichkeit“ und „Zusammenarbeit“. Auch beim Gegenbesuch der AKP in der CHP-Zentrale wurde erklärt, man könne „zum Wohl des Landes jederzeit am selben Tisch zusammenkommen“.

Wie erwartet gaben nach der Bekanntgabe der Entscheidung nacheinander Parteien, Organisationen, Gewerkschaften, Institutionen und Einrichtungen aus einem breiten politischen Spektrum Erklärungen ab und bezeichneten die Entscheidung als inakzeptabel. Ein Teil der CHP-Anhängerschaft begab sich vor die Parteigebäude, allen voran vor die Zentrale in Ankara, und skandierte Parolen zur Unterstützung der derzeitigen Führung unter Özgür Özel. Dennoch blieb die Antwort der CHP-Führung begrenzt. Statt die Massen zu mobilisieren, die Plätze zu besetzen und einen breiten politischen Widerstand gegen den Angriff zu organisieren, beschränkte sich Özgür Özel darauf, vorerst darauf juristische Schritte anzukündigen. Die CHP erklärte vorerst, beim Obersten Gerichtshof sowie beim Hohen Wahlrat Einspruch gegen die Entscheidung eingelegt zu haben. Eine Kundgebung in Izmir wurde durch die Po-

izei mit Wasserwerfern und Pfefferspray aufgelöst.

Es geht wie bei allen innenpolitischen Entwicklungen gerade, um eine Stärkung der „Heimatfront“ des Regimes. Zunächst wurde versucht, die kurdische nationale demokratische Bewegung in eine Warteschleife zu drängen. Gleichzeitig wurden Angriffe auf gesellschaftliche Bewegungen, insbesondere auf revolutionäre Kräfte, verschärft. Die wichtigste Schwäche der aktuellen Phase liegt jedoch nicht in den Angriffen des Regimes, sondern im Fehlen eines gemeinsamen Kampfprogramms der Unterdrückten. Daher müssen gesellschaftliche Bewegungen der Unterdrückten diese Schwäche überwinden und den Kampf für Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit, Frieden und Demokratie bündeln. Eine Lösung kann nicht durch Orientierung an den Interessen der bürgerlichen Opposition erreicht werden. Stattdessen muss eine „Freiheitsfront der Unterdrückten“ aufgebaut werden. Ein gemeinsames Mindestkampfprogramm ist dringend notwendig mit den Forderungen nach Beendigung der politischen Repression; Freilassung aller politischen Gefangenen, insbesondere Abdullah Öcalans; der Aufhebung aller Urteile der „Nich-

tigkeit“ und Zwangsverwaltungen; der Rückgabe der Kommunen an ihre gewählten Vertreter; der Aufhebung aller Einschränkungen von Meinungs-, Organisations- und Aktionsfreiheit; der Anerkennung der demokratischen Rechte der kurdischen Nation und Schritte zu einem gerechten Frieden; dem Ende geschlechtlicher, nationaler und Klassenunterdrückung.

Das faschistische Chefregime, das keine Lösung für wirtschaftliche Stagnation und Zerstörung findet, täglich an gesellschaftlicher Zustimmung verliert und immer mehr Verbrechen begeht, gestaltet die bürgerliche Politik weiterhin mit dem Justizknüppel des Staatsterrors. Die Wellen von Entorganisation, Entpolitisierung, Verhaftungen, Verboten und Repressionen des Chefregimes können nur durch allgemeinen Widerstand und den vereinten Kampf der Arbeiterklasse und aller Unterdrückten zurückgeschlagen werden. Die Aufgabe der revolutionären Bewegung besteht darin, geeignete Kampfformen, Slogans und Taktiken zu entwickeln, um diese Entwicklung in eine revolutionäre Richtung zu lenken. Der Weg dahin führt über den Aufbau eines vereinten revolutionären Zentrums und einer vereinten revolutionären Führung.

Über den Integrationsprozess in Rojava



Die Revolution in Rojava steht derzeit unter massivem Druck und sieht sich mit einem existenziellen Vernichtungsangriff konfrontiert. Die HTS, gestützt auf die Unterstützung des türkischen Kolonialstaates und des US-Imperialismus, versucht die letzten verbliebenen Errungenschaften der Revolution schrittweise zu liquidieren. Dabei dient der sogenannte Integrationsprozess der syrischen Zentralregierung als politischer Hebel, um die Autonome Verwaltung ihrer tatsächlichen Autonomie zu berauben. Unabhängig davon, wie diese „Integration“ offiziell dargestellt wird, führt die Anerkennung der Hegemonie des syrischen Zentralstaates zwangsläufig zu einem Prozess der Auflösung der bisherigen autonomen Strukturen.

Spätestens mit der Übertragung wirtschaftlicher Ressourcen an die Zentralregierung reduziert sich die Autonomie faktisch auf eine beschränkte lokale Verwaltung.

Die Integration der Demokratischen Kräfte Syriens

Besonders deutlich zeigt sich dieser Prozess im militärischen Bereich. Gegenwärtig wird die Integration der SDF in die syrische Zentralarmee umgesetzt. Grundlage hierfür bildet das Abkommen vom 29. Januar, welches zwischen der Autonomen Verwaltung und der HTS-Regierung geschlossen wurde. Die darin enthaltenen Beschlüsse sehen vor, dass die SDF mit drei Brigaden der 60. Division sowie in Kobanê mit einer zusätzlichen Brigade der 72. Division unterstellt werden. Jede Brigade umfasst etwa 1.000 bis 1.500 Kämpfer, sodass die SDF innerhalb dieser Struktur insgesamt höchstens 4.500 Kämpfer stellen wird. Die Gesamtstärke der betreffenden Divisionen liegt jedoch bei rund 10.000 bis 15.000 Soldaten.

Damit bilden die SDF-Kämpfer lediglich etwa ein Drittel der neuen militärischen Struktur; der Rest setzt sich aus HTS-Kräften und ehemaligen Kämpfern der

Freien Syrischen Armee (FSA) zusammen. Zwar soll die Kommandostruktur formal paritätisch besetzt sein, dennoch wurde ein HTS-Kommandeur an die Spitze der Division gestellt. Die gesamte militärische Hierarchie untersteht zudem direkt dem Generalstab in Damaskus. Hinzu kommt, dass die schweren und mittelschweren Waffen der SDF bereits an die Zentralregierung übergeben wurden. Es ist offensichtlich, dass die SDF unter diesen Bedingungen weder militärisch unabhängig noch in der Lage ist, die politische Autonomie Rojawas zu garantieren. Vielmehr deutet die Entwicklung darauf hin, dass die SDF schrittweise in der von der HTS dominierten syrischen Zentralarmee aufgehen wird.

Welchen Platz haben Frauen im „neuen“ Syrien?

Noch viel schwerwiegender ist die Situation der Frauenverteidigungseinheiten (YPJ). Am 1. April traf eine Delegation aus Mitgliedern des YPJ-Kommandos mit dem Verteidigungsminister der HTS zusammen. Er erklärte unmissverständlich: „Die YPJ hat keinen Platz in der Armee.“ Die Zukunft der YPJ ist damit zu einer Schlüsselfrage für die gesamte Zukunft Rojawas geworden.

Ilham Amed hält weiterhin an der

Position fest, dass das Fortbestehen der YPJ eine unverhandelbare Position bleibt. Der Zentralregierung wird vorgeworfen, dass es keinen wirklichen Wandel Syriens geben könne, wenn Frauen weiterhin systematisch diskriminiert werden und keine Gleichberechtigung in der Verfassung verankert würde. Allerdings ist es durchaus illusorisch, von der HTS, welche die volle Unterstützung des türkischen Kolonialismus und des US-Imperialismus genießt, eine progressive Reaktion zu erwarten und auf einen „demokratischen Wandel“ zu hoffen. Die HTS hält es für ausreichend, dass Frauen der YPJ nur „freiwillig“ in die Asayiş (lokale Polizeikräfte) eintreten; diese Betonung der „Freiwilligkeit“ ist in Wirklichkeit eine Ablehnung des offiziellen Status.

Doch nicht nur die militärischen Frauenstrukturen sind bedroht. Alle Errungenschaften der Frauenrevolution in Rojava stehen auf dem Spiel. Der Gesellschaftsvertrag von Rojava basiert auf dem System der Co-Präsidentschaft, der gleichberechtigten Vertretung und Gleichstellung von Frauen in allen Bereichen sowie der Ablehnung jeglicher Form von Geschlechterunterdrückung. Durch die erlassenen Gesetze wurden zudem

Kinderehen und Polygamie verboten und die Gleichberechtigung beim Erbrecht eingeführt.

Die politisch-islamistische HTS hat all diese Errungenschaften im Visier. Besonders deutlich wird dies im Justizwesen: Die Frauenjustizräte, die sich unter anderem mit häuslicher Gewalt, Zwangsehen und geschlechtsspezifischer Diskriminierung befassen, sollen durch religiöse Autoritäten wie „Scharia-Gelehrte“ oder „Scheichs“ ersetzt werden.

Auch wenn all diese Angriffe auf die Frauenrevolution Empörung auslösen und sie, richtigerweise, als absolute rote Linien betrachtet werden, scheint es unwahrscheinlich, dass sich die HTS auf Kompromisse irgendeiner Art in der Geschlechterfrage einlassen wird. Insbesondere hier zeigen sich die unversöhnlichen Widersprüche zwischen der Zentralregierung und der Autonomen Verwaltung.

Integration oder Assimilation?

Auch gesellschaftlich und kulturell verschärft sich der Druck auf die Bevölkerung Rojavas. Eine zentrale Rolle spielt dabei die Sprachfrage. Zwar wurde Kurdisch durch das Dekret Nr. 13 formal als „nationale Sprache“ anerkannt, gleichzeitig jedoch lediglich als Wahlfach in den offiziellen Lehrplan

aufgenommen.

An die Stelle des bisherigen muttersprachlichen Unterrichts tritt damit ein Modell, in dem Kurdisch nur noch zwei Stunden pro Woche unterrichtet wird. Bislang waren in Rojava neben Kurdisch auch Arabisch sowie der syrische Dialekt gleichberechtigte Unterrichtssprachen. Die HTS will durch die Wiedereinführung des Arabischen als vorherrschende und einzige Unterrichtssprache alle revolutionären Errungenschaften auch in diesem Bereich zunichtemachen und nutzt den Integrationsprozess als Vorwand dafür.

Parallel dazu wurden in Städten wie al-Hasaka und Qamishli kurdisch-arabische Schilder an öffentlichen Gebäuden entfernt und durch englisch-arabische Beschilderungen ersetzt. Auf diesen offensichtlichen Assimilationsangriff folgte Widerstand. In al-Hasaka stürmten Jugendliche den Justizpalast, nahmen unter Protesten das Schild ab und hängten an dessen Stelle das vorherige kurdisch-arabische Schild auf. Dieser Protest weitete sich auch auf die anderen Städte aus, in denen das kurdische Volk auf seinem Recht auf seine Muttersprache beharrte.

Die Frage der Rückkehr

Die Besetzung von Afrîn und Serê-

kaniyê durch den türkischen Kolonialstaat und seine bewaffneten Handlanger zwang zehntausende Menschen zu Flucht. Die Gewährleistung einer sicheren Rückkehr der Geflüchteten war einer der Hauptpunkte in den Abkommen zwischen der Autonomen Verwaltung und der HTS. Zwar kehren inzwischen zahlreiche Familien in ihre Heimatsorte zurück, doch finden sie dort katastrophale Bedingungen vor. Viele Häuser sind zerstört oder weiterhin von bewaffneten Gruppen besetzt. Beschlagnahmte Grundstücke und Felder wurden nicht zurückgegeben, wodurch den Rückkehrern jede wirtschaftliche Grundlage fehlt. Gleichzeitig erschwert die Arabisierung des Bildungssystems den Schulbesuch ihrer Kinder erheblich.

Nicht mal der Schein einer bürgerlichen Demokratie

Am 5. Oktober 2025 fanden in Syrien „Parlamentswahlen“ statt. Dabei wurde die Zahl der Parlamentsmitglieder auf 210 festgelegt; 70 dieser Personen wurden direkt von al-Golani ernannt. Der Rest setzte sich aus Delegierten zusammen, die von den eingesetzten lokalen Komitees gewählt wurden. Die kurdischen, alawitischen und drusischen Gebiete nahmen nicht an der Wahl teil.

Nun haben im Rahmen des Integrationsprozesses auch in al-Hassa und Kobanê Wahlen stattgefunden. Die PYD und zahlreiche kurdische politische Parteien boykottierten die Wahlen, da sie die Vorgehensweise der Regierung in Damaskus ablehnten und protestierten gegen die Tatsache, dass den Kurden im Parlament nur vier Sitze zugeteilt wurden. Da die Kurden 20 Prozent der Bevölkerung Syriens ausmachen, müssten sie mindestens durch 40 Abgeordnete repräsentiert werden. Demgegenüber erklärte sich der PDK orientierte Kurdischer Nationalrat (ENKS) bereit, an den Wahlen teilzunehmen und entsandte zwei Mitglieder ins Parlament. Die beiden anderen Sitze gingen an unabhängige Kandidaten.

Was bleibt?

Obwohl einige Errungenschaften faktisch erhalten blieben, war von Beginn an klar, dass das Abkommen zwischen der Autonomen Verwaltung und der HTS einen großen Rückschritt darstellte. Was als Integration präsentiert wurde, ist nichts anderes als Liquidierung. Diese Realität wurde versucht in abgeschwächter Form zu präsentieren. Aber die Fakten sind wie folgt: Die SDF-Batallione wurden unter das Kommando einer

HTS-Division gestellt, die durch einen HTS-Kommandeur geleitet werden. Alle schweren und mittelschweren Waffen wurden offiziell an die Zentralarmee übergeben. Die YPJ droht aufgelöst zu werden. Institutionen und Mitarbeiter der Autonomen Verwaltung wurden an die HTS-Regierung übergeben. Die im Gebiet der Autonomen Verwaltung ausgestellten Diplome werden nicht anerkannt. Es gibt keinen Unterricht in der Muttersprache, im Gegenteil, es wird Monolingualität aufgezwungen. Alle wirtschaftlichen Ressourcen wurden unter die Kontrolle der HTS gestellt. Die Kurden erhalten lediglich vier Sitze im Parlament. Syrien definiert sich als „Arabische Republik Syrien“.

Die Autonome Verwaltung hatte die Hoffnung, dass diese Fragen auf diplomatischem Wege gelöst werden könnten. Doch die diplomatischen Verhandlungen zur ultimativen Lösung für alles zu erklären und die Bemühungen um Integration zu intensivieren, war ein fataler Fehler. Es liegt zwar auf der Hand, dass Rojava einer vielschichtigen Einkreisung und Angriffen ausgesetzt ist und dass dieser Prozess nicht ohne Widerstand, Zugeständnisse und Kompromis-

se bewältigt werden kann. Selbstverständlich kann es notwendig sein, die eigenen Positionen neu zu ordnen und Vereinbarungen zu treffen, um die verbliebenen Errungenschaften zu sichern; mitunter kann dies sogar unausweichlich werden. Aber der einzige Weg die noch verblieben Errungenschaften zu schützen, war der organisierte Widerstand des Volkes. Dass dieser Widerstand noch lange nicht erloschen ist, zeigt die aktuelle Haltung der kurdischen Jugend gegenüber der Verdrängung ihrer Sprache und Identität. Der Kampf um die kurdische Sprache macht deutlich, wie tief das nationale Bewusstsein in Rojava verwurzelt ist. Gleichzeitig steht dieses Bewusstsein unter enormem Druck.

Solange Syrien sich weiterhin als ausschließlich „arabische Republik“ definiert und die Kurden nicht als eigenständige Nation anerkannt werden, bleiben ihre nationalen Rechte grundsätzlich in Gefahr. Deshalb richtet sich der zentrale politische Konflikt letztlich gegen genau diese nationale Leugnung. Die Proteste in Qamishli, bei denen Jugendliche symbolisch die Bezeichnung „Arabische Republik Syrien“ durchstrichen, bringen diesen Widerspruch auf den Punkt.

Kunst im Visier des Faschismus

Die rücksichtslosen Angriffe von Faschisten auf Kunstwerke und Kunstschaffende, die nicht ihrer menschenverachtenden Ideologie entsprechen, zeigen sich in zahlreichen Beispielen der Geschichte. Künstler, Autoren, Dichter und Musiker wurden zensiert, verboten, ins Exil getrieben, gefangen genommen, gefoltert, in Konzentrationslager gesperrt oder ermordet. Die Bücherverbrennungen der Nazis auf öffentlichen Plätzen sind ein eindrückliches Symbol dieser Geschichte. Die Ermordung des Musikers Víctor Jara durch die faschistische Diktatur Pinochets im Jahr 1973 ein weiteres Beispiel der Bedeutung von widerständiger Kultur gegen den Faschismus.

Indem der türkische bürgerliche Staat die Tradition religiös begründeter Unterdrückung aus dem Osmanischen Reich übernahm und sie an sein koloniales Projekt einer „einzigen Nation“ anpasste, entwickelte er eine grenzenlose Feindschaft gegenüber allem, was er als Gefahr für seine Existenz ansah, einschließlich Kunst und Künstlern. Nach dem Völkermord an den Armeniern wurden die überlebenden Intellektuellen und Künstler im Rahmen des kulturellen Auf-

baus der neuen Republik zwangsassimiliert. Armenische Künstler wurden gezwungen, türkische Namen anzunehmen. Theaterstücke, Musik und kulturelle Veranstaltungen wurden zunächst genehmigungspflichtig gemacht und später verboten. Während des Pogroms vom 6. und 7. September 1955 wurden zahlreiche Kulturzentren angegriffen und nichtmuslimische Künstler ermordet.

Mit Gesetzen und Verordnungen der 1920er- und 1930er-Jahre wurden die kurdische Sprache, kurdische Veröffentlichungen und kurdische Musik verboten. Auftritte kurdischer Künstler wurden untersagt, Künstler verhaftet und ihre Werke beschlagnahmt. Dengbêj, die Träger der kurdischen mündlichen Literatur und Musik, sowie alevitische Volkssänger gerieten durch die einheitliche Sprach-, Glaubens- und Kulturpolitik des Staates unter Druck. Bei Massakern in Diyarbakır, Dersim und Koçgiri wurden zahlreiche Künstler brutal ermordet.

Die Verfolgung des kommunistischen Dichters Nazım Hikmets steht exemplarisch für die Feindschaft des faschistischen Staates gegenüber revolutionärer und kommunistischer Kultur.

tischer Kunst. Er wurde kriminalisiert, eingesperrt und schließlich ins Exil gezwungen, die er in der Sowjetunion verbrachte. Die Repression konnten seinen Einfluss nicht brechen, der über Generationen hinweg bis heute erstrahlt, wohl aber ihn von seiner Heimat trennen, nach der er sich bis zuletzt sehnte.

Auch die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts, einschließlich der Militärputsche von 1960, 1971 und 1980, war geprägt von den Angriffen des faschistischen Staates auf progressive und revolutionäre Kunst und Künstler. Beim Massaker von Sivas im Jahr 1993 wurden 35 alevitische Intellektuelle und Künstler, darunter die Musiker Hasret Gültekin, Muhlis Akarsu und Nesimi Çimen, die Schriftsteller und Dichter Asim Bezirci und Metin Altıok sowie weitere Kulturschaffende, bei lebendigem Leib verbrannt. Es handelte sich um ein von staatlicher Seite initiiertes faschistisches Massaker, das von einem faschistischen Lynchmob verübt wurde.

Der faschistische Staat, der die letzten 50 Jahre damit verbrachte, die Verbindung zwischen dem kurdischen nationalen Befreiungskampf und den Kämpfen anderer Unterdrückter zu verhindern, setzt seine

Angriffe auf oppositionelle und revolutionäre Künstler auch unter dem von AKP im Bündnis mit der MHP aufgebauten faschistischen Chefregime unbegrenzt fort. Der politisch-islamistische Charakter des Regimes richtet sich nicht nur gegen Künstler, die auf der Seite der Unterdrückten stehen, sondern auch gegen jene, die mit der bürgerlichen Opposition oder dem „kemalistischen Säkularismus“ identifiziert werden.

Die Angriffe äußern sich in Konzertverboten, Ermittlungen, Verhaftungen, Zensurmaßnahmen und ökonomischer Repression. Die Feindschaft gegenüber Kunstwerken und Künstlern, die als Gefahr für die Macht oder die gewünschte Lebensweise angesehen werden, wird mit Schlagworten wie „nationale Sicherheit“, „Kampf gegen den Terrorismus“, „gesellschaftliche Sensibilität“ oder „öffentliche Ordnung“ legitimiert.

Besonders nach dem Gezi-Aufstand erhielt die Kultur- und Kunstpolitik des Regimes einen offen ideologischen Charakter. Oppositionelle, revolutionäre, sozialistische und kurdische Künstler, die den Widerstand unterstützten, wurden zur Zielscheibe gemacht. Musiker, die sich oppositionell äußerten, tanzten oder selbst wenn sie nur

Kleidung trugen, die dem Chefregime missfiel, ebenso wie Künstler, die in ihren Werken auch nur die geringste Kritik äußerten, gerieten ins Visier eines Faschismus, der alle Staatsorgane und große Teile der Medien kontrolliert. Währenddessen wird ein eigener, staatstreuer Kulturbetrieb aufgebaut, der sinnbildlich für die gesellschaftliche Verkümmerng steht.

Heute wird zwar ein Verhandlungsprozess zur Lösung der kurdischen Frage zwischen dem türkischen Staat und der PKK geführt, doch die kurdische Sprache, Kultur und Musik stehen weiterhin massiv unter Druck. Festivals und Konzerte werden verboten, Institutionen geschlossen, Theaterstücke als „separatistisch“ diffamiert sowie kurdische Schriftsteller, Regisseure und Musiker inhaftiert.

Vor allem revolutionäre und sozialistische Künstler sowie Kulturinstitutionen sind von verschärfter Unterdrückung, Schließungen und Verhaftungen betroffen. Die Konzertverbote gegen Grup Yorum und die Inhaftierung ihrer Mitglieder, darunter die im Gefängniswiderstand gefallenen Helin Bölek und İbrahim Gökçek, gehören ebenso

dazu wie die Verhaftung von Musikern und Künstlern von Grup Vardiya und BEKSAV bei einer Razzia im vergangenen Februar.

Jüngst wurde eine türkische „Flaggenprovokation“ während eines Konzerts der fortschrittlichen Musikerin İlkay Akkaya am 6. Mai bei den 37. Internationalen Frühlingstfestspielen der ODTÜ (Technische Universität des Nahen Ostens) zum jüngsten Beispiel des Drucks auf oppositionelle Veranstaltungen und der organisierten Hetzkampagnen gegen revolutionäre Musik und Künstler. Durch Provokationen von Anhängern der Zaffer-Partei, die auf den Widerstand der Studierenden stießen, kam es zur Festnahme antifaschistischer Studierender. Assimilation, Repression durch die Justiz, Gefängnisse oder Verbot von Veranstaltungen können die Sehnsucht nach Freiheit nicht unterdrücken, die sich in allen Formen ästhetischen Ausdrucks widerspiegelt. Besonders revolutionäre und antifaschistische Kunstschafter beugen sich den Verboten nicht, so wenig, wie der Schriftzug „REVOLUTION“ auf dem Gelände der ODTÜ ausgelöscht werden kann.

Das Beispiel der Bilgi University zeigt: Nur Widerstand kann den Faschismus zurückdrängen

Der Widerstand der Studierenden an der Istanbul Bilgi University war erfolgreich. Nach tagelangen Protesten der Studierenden wurde die Entscheidung zur Schließung der Universität zurückgenommen. Laut dem Amtsblatt wurde der Entzug der Betriebsgenehmigung aufgehoben. Der von Erdoğan unterzeichnete Beschluss wurde am 24. Mai 2026 gefasst.

Die Istanbul Bilgi University, die nicht der Regierungslinie entspricht, war durch einen im Amtsblatt vom 22. Mai 2026 veröffentlichten Erdoğan-Dekret offiziell geschlossen worden. Die vollständige Aufhebung ihrer Betriebsgenehmigung hatte sowohl in akademischen Kreisen als auch unter den Studierenden große Proteste ausgelöst. Bereits in den vergangenen Monaten war die Universitätsverwaltung unter Zwangsverwaltung gestellt worden.

Im September 2025 war gegen die Can Holding ermittelt worden. Für 121 Unternehmen des Konzerns wurde die staatliche

Treuhandbehörde TMSF als Zwangsverwalter eingesetzt. Eines dieser Unternehmen war die Doğa Bilgi Okulları İşletmeciliği, die die Istanbul Bilgi University betreibt.

Die Staatsanwaltschaft von Küçükçekmece hatte im September 2025 Ermittlungen gegen die Can Holding eingeleitet. Den Verantwortlichen des Konzerns wurde vorgeworfen, eine kriminelle Vereinigung zur Geldwäsche gegründet und Steuerhinterziehung begangen zu haben.

Zuvor war angekündigt worden, dass die Studierenden ihre Ausbildung an der staatlichen Partneruniversität Mimar Sinan Güzel Sanatlar Üniversitesi fortsetzen könnten. Das Beispiel des Widerstands an der Bilgi University, an dem sich auch antifaschistische und sozialistische Studierendenorganisationen beteiligt haben, verdeutlicht einmal mehr: Nur Widerstand kann den Faschismus aufhalten, der rücksichtslos seine Politik der Gleichschaltung auf allen Ebenen durchsetzt.